



Inhalt

Editorial

Gesundheitspolitische Zwischenbilanz

Ein unbekanntes Feld? Erfolge der FDP-Fraktion

Eulen nach Athen?

UN-Gipfel: „Ende für AIDS?“

Kurz notiert

Bundestagsbüro

Dr. Erwin Lotter, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 22 77 11 80
Fax: 030 / 22 77 63 23
erwin.lotter@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Dr. Erwin Lotter, MdB
Wahlkreisbüro
Rosenau 13
86551 Aichach
Tel.: 08251 / 88 69 547
Fax: 08251 / 88 69 548
erwin.lotter@wk.bundestag.de

www.lotter-liberal.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten Wochen waren extrem herausfordernd und spannend für mich als Gesundheitsexperte der FDP-Bundestagsfraktion: Neben den laufenden Arbeiten am sogenannten „Versorgungsgesetz“ standen auch die „EHEC-Krise“, eine Reform der Pflege, Überlegungen zu einem Präventionsgesetz und zu einer Neuregelung der Organspende auf dem Programm. Alles Tagesordnungspunkte, die nicht nur einen ausgewählten Teil der am Gesundheitswesen Beteiligten betreffen, sondern jeden einzelnen Bürger dieses Landes.

Da aber Gesundheitspolitik aufgrund der Komplexität dieses z.T. chronisch überregulierten Feldes nur selten die mediale Aufmerksamkeit bekommt, die sie aufgrund ihrer allgemeinen Relevanz eigentlich verdient hätte, habe ich mich entschlossen, Ihnen in dieser Ausgabe meines Newsletters einen persönlichen Rechenschaftsbericht über meine Arbeit, die bislang erzielten Erfolge und die anstehenden Aufgaben zu geben.

In Anbetracht der momentan desaströsen Umfragewerte für die FDP möchte ich Ihnen auch einen kurzen Überblick über die bislang erzielten Erfolge der Liberalen auf Bundesebene präsentieren. Sie werden sehen, dass wir politisch schon vieles, sogar sehr vieles von dem erreicht haben, was wir uns zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen hatten. Und Sie werden sich vielleicht wundern, weshalb Sie von manchen dieser unbestreitbaren Erfolge noch nie gehört oder gelesen haben. Eine Frage, der ich im Rahmen dieses Newsletters ebenfalls kurz nachgehen möchte.

Zwei Themen, die mich in letzter Zeit sowohl politisch als auch menschlich bewegt haben, sind die sog. „Eurokrise“ sowie die globalen Anstrengungen zur Bekämpfung von AIDS und HIV-Infektionen. Hierzu durfte ich an einer Delegationsreise nach Athen und an einer AIDS-Konferenz der Vereinten Nationen in New York teilnehmen. Einen kurzen Rückblick auf diese Reisen finden Sie ebenfalls auf den nächsten Seiten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und einen sonnigen Sommer, Ihr

Dr. Erwin Lotter

Mein Rechenschaftsbericht als Gesundheitsexperte

Gesundheitspolitisch wurden im Koalitionsvertrag umfangreiche Vereinbarungen getroffen. Durch die Übernahme des Bundesgesundheitsministeriums zunächst durch Dr. Philipp Rösler und dann durch Daniel Bahr bietet sich mir die große Chance, liberale Vorstellungen in diesem Bereich endlich durchzusetzen und einer nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems sowie dringend notwendigen Strukturreformen endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

1. Das steht im Koalitionsvertrag:

- zukunftsfeste Finanzierung des Gesundheitswesens bei gleichzeitiger Teilhabe aller Patienten am medizinischen Fortschritt
- Entwicklung einer Präventionsstrategie
- Stärkung des Wettbewerbs unter den Krankenversicherungen
- flächendeckende und sichere Versorgung mit Arzneimitteln
- Sicherung der Freiberuflichkeit des Arztberufs und sachgerechte Regelung der Zulassung Medizinischer Versorgungszentren
- Sicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung auch im ländlichen Bereich, Abwehr von Unterversorgung
- Entwicklung von Strategien gegen drohenden Ärztemangel
- Anpassung der Gebührenordnungen für Zahnärzte und Ärzte (GÖZ / GÖÄ)
- Integration von Krankenhäusern in die ambulante Versorgung
- Stärkung der palliativmedizinischen Versorgung
- Stärkung der Patientenrechte
- Förderung der Organspendebereitschaft
- Fortentwicklung der Pflegeversicherung

2. Das haben wir bereits umgesetzt:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bislang **drei wegweisende Gesetze** auf den Weg gebracht: das GKV-Änderungsgesetz, das GKV-Finanzierungsgesetz und das AMNOG (Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes). Oberstes Ziel dieser Vorhaben war es, die von den Vorgängerregierungen übernommenen Belastungen zu verringern und das aktuelle **Defizit** zu bewältigen. Gleichzeitig wurden die Weichen in Richtung einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Gesundheitsfinanzierung und einer größeren Autonomie und Wettbewerbsorientierung der Krankenkassen gestellt.

GKV-Änderungs- und GKV-Finanzierungsgesetz

Durch diese Gesetze wurde die Finanzierung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten abgekoppelt und damit auf eine stabile und verlässliche Grundlage gestellt. Künftig werden Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge finanziert.

Eine schlechtere konjunkturelle Entwicklung und eine hiermit verbundene höhere Arbeitslosigkeit haben nicht mehr zwangsläufig Einnahmeausfälle für die gesetzliche Krankenversicherung zur Folge. Der **Arbeitgeberanteil wird** darüber hinaus nun bei 7,3 Beitragssatzpunkten **festgeschrieben**. Beschäftigungschancen werden künftig nicht mehr durch steigende Krankenversicherungsbeiträge gefährdet. Ebenso wurde der Budgetierungsdruck bei Ärzten und Krankenhäusern gesenkt.



Gemeinsamer Einsatz für ein liberales, zukunftsfähiges Gesundheitssystem (links im Bild: Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr)





AMNOG (Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz)

Erhebliche Spareffekte werden durch das AMNOG erzielt, das vor allem die Pharmaindustrie in die Verantwortung nimmt, aber auch Apotheker und den Großhandel.

Der Rabatt, den **Apotheker** gesetzlichen Kassen auf ihre Kassengebühr von 8,10 Euro je Rezept gewähren müssen, wird zum Januar von heute 1,75 auf 2,05 Euro angehoben. Unter dem Strich sollen die Apotheker auf diese Weise den Kassen 170 Millionen Euro weniger in Rechnung stellen. Darüber hinaus ist auch der Großhandel betroffen: der Großhandelsabschlag im nächsten Jahr in Höhe von 0,85% des Herstellerabgabepreises bei rezeptpflichtigen Arzneimitteln soll bundesweit ca. 200 Millionen Euro Ersparnis bringen.

Bei innovativen Medikamenten kann die Pharmaindustrie die Preise zukünftig nicht mehr allein bestimmen. Der Zusatznutzen neuer Medikamente muss in einem Dossier belegt werden. Im Anschluss sind **Verhandlungen** zwischen dem GKV-Spitzenverband und dem Hersteller über den Erstattungsbetrag zu führen.

Dass AMNOG sorgt dafür, dass die Patienten weiterhin Zugang zu innovativen Arzneimitteln haben und die Arzneimittel für die Menschen gleichzeitig bezahlbar bleiben. Es schafft einen stabilen und wettbewerblichen Rahmen für den Arzneimittelmarkt. Eine ausgewogene Balance, die auch im Arzneimittelbereich ein Stück **Freiheit** zurückbringt.

3. Daran arbeiten wir:

KRANKENHAUSHYGIENEGESETZ

Jährlich sterben 7.500 bis 15.000 Personen in Deutschland an Infektionen, die sie im Krankenhaus erlitten haben. Zur Prävention werden nunmehr hygienische Erfordernisse im Krankenhaus und entsprechende Kontrollmaßnahmen durchgesetzt.

VERSORGUNGSGESETZ

Zur Zeit ist ein Versorgungsstruktur-Reformgesetz in Arbeit, welches für eine flächendeckende bedarfsgerechte ärztliche Versorgung sorgt. Dazu gehören folgende Aspekte:

- Regionalisierung der Bedarfsplanung, mehr Freiheit für die regionale Gestaltung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen, Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
- Einführung der spezialärztlichen Versorgung
- finanzielle Anreize für Ärzte in bislang oder zukünftig unterversorgten Gebieten, z.B. durch Aufhebung der Abstaffelung
- Gründung und Leitung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zukünftig in der Hand von Ärzten und Krankenhäusern sowie gemeinnützigen Organisationen





PFLEGEREFORM

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten überproportional steigen; Prognosen sprechen von bis zu 4,5 Millionen Personen. Schon jetzt gibt es zu wenig Pflegerinnen und Pfleger; der Fachkräftebedarf wird steigen. Um ihm abzuweichen, bedarf die Pflegeversicherung vor allem einer soliden Finanzierung. Dementsprechend sind zwei Maßnahmen erforderlich: zunächst die möglichst genaue Beschreibung des zu erwartenden Leistungsbedarfs und zum anderen die Einführung einer zweiten, kapitalgedeckten Säule der Pflegeversicherung. Hierfür werden zur Zeit im Bundesgesundheitsministerium Vorschläge erarbeitet; Eckpunkte werden im Spätsommer 2011 vorliegen.

HONORARREFORM

Eine Honorarreform, die die ärztliche Leistung angemessen abbildet und für mehr Transparenz sowie mehr Zufriedenheit bei Leistungserbringern und Patienten sorgt, hat höchste Priorität. Nach dem Abschluss der Arbeiten an der Gebührenordnung für Zahnärzte beginnt in der zweiten Jahreshälfte die Arbeit an der neuen Gebührenordnung für Ärzte.



PRÄVENTIONSSTRATEGIEN

Auch wenn ein vielfach gefordertes Präventionsgesetz angesichts der Vielzahl bereits bestehender Instrumente unnötig ist: neue Präventionsstrategien müssen entwickelt und die Forschung darüber gestärkt werden, welche medizinischen Maßnahmen effektiv sind und welche ersetzt werden können. Prävention ist ein oft verkannter Schlüssel für eine Kostensenkung bei gleichzeitig verbessertem Schutz der Gesundheit der Patienten.



Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen in Erarbeitung oder Planung:

- **Organspendegesetz**
- **Rettungsassistentengesetz**
- **Patientenrechtegesetz**
- **Apothekenbetriebsordnung**
- **Zulassungsregelungen für ausländische Fachkräfte in medizinischen Berufen**

Ein unbekanntes Feld? Zwischenbilanz der FDP-Fraktion Gedanken zur Rolle von Medien und Politik

Nach meiner kurzen persönlichen Bilanz möchte ich Sie natürlich auch auf die bisherigen Erfolge der gesamten Fraktion aufmerksam machen. Vieles davon mag Ihnen unbekannt vorkommen, manches haben Sie vielleicht nur kurz zufällig irgendwo aufgeschnappt. Deshalb will ich im Anschluss gerne meine persönliche Meinung zur Rolle der Medien und der zuständigen Pressereferenten darlegen.

Die FDP hat seit der Übernahme der Regierungsverantwortung (Auswahl aus der „Halbzeit“-Bilanz der FDP-Pressestelle):

- 12 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert
- Nationales Stipendienprogramm eingeführt
- BAföG-Höchstsatz von 648 auf 670 Euro erhöht
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse angestoßen
- Hartz IV-Sätze verfassungsfest und transparent neu gestaltet
- Vorsorge von Hartz IV-Empfängern geschont
- Hinzuverdienstmöglichkeiten von Rentnern angehoben
- Vertrauensverhältnis zwischen Rechtsanwälten und Klienten gestärkt
- Kindergeld für jedes Kind erhöht
- Kinderfreibetrag von 6024 Euro auf 7008 Euro angehoben
- Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichgestellt
- Verdienst von Kindern in Ferienjobs vom Arbeitslosengeld der Eltern entkoppelt
- Zwangsverheiratungen bekämpft
- Internetzensur verhindert
- Polizisten vor Gewalt besser geschützt
- Bürgerbeteiligung gestärkt
- Unternehmenssteuern gesenkt
- Erbschaftssteuer vereinfacht
- Marktwirtschaftliche Anreize gesetzt statt Staatshilfen verschleudert (Opel)
- Zweite Chance für insolvente Unternehmen eingeräumt
- Gesetzliche Krankenversicherung auf eine nachhaltige und sozial ausgewogene Basis umgestellt
- Ärztliche Versorgung auf dem Land verbessert
- Arzneimittelausgaben eingedämmt
- Hygiene in den Krankenhäusern verbessert
- Ausstieg aus der Kernenergie beschleunigt
- Energieversorgung sicher, umweltverträglich und bezahlbar gestaltet
- Mehr Mittel für die Gebäudesanierung bereitgestellt
- Übersubventionierung der Solarenergie abgeschafft
- Arbeitsmarkt-Instrumente effizienter ausgerichtet
- Missbrauch von Leiharbeit eingedämmt
- Kurzarbeitergeld verlängert
- Arbeitnehmerdatenschutz verschärft
- Steuererklärung vereinfacht
- Überflüssige Gesetze abgeschafft
- Entwicklungshilfe sinnvoll und treffsicher strukturiert
- Informationspflichten der Wirtschaft reduziert
- Bekämpfung der Schuldenkrise in Europa
- Bessere Aufsicht und Kontrolle von Ratingagenturen und Hedgefonds
- Banken durch Abgabe an den Kosten der Finanzkrise beteiligt
- Schlupfwinkel für Steuerhinterzieher gestopft
- Wehrpflicht ausgesetzt
- Bundesfreiwilligendienst eingeführt
- Führerschein mit 17 ermöglicht
- Zukünftige Generationen durch Haushaltssanierung entlastet.

FDP im Deutschen Bundestag -
Für Sie am Ball ...

Treffter für mehr Bildung

- 12 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert
- Nationales Stipendienprogramm eingeführt
- BAföG-Höchstsatz von 648 auf 670 Euro erhöht
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse angestoßen

Treffter für mehr Gerechtigkeit

- Hartz IV-Sätze verfassungsfest und transparent neu gestaltet
- Vorsorge von Hartz IV-Empfängern geschont
- Hinzuverdienstmöglichkeiten von Rentnern angehoben
- Vertrauensverhältnis zwischen Rechtsanwälten und Klienten gestärkt

Treffter für Familien

- Kindergeld für jedes Kind erhöht
- Kinderfreibetrag von 6024 Euro auf 7008 Euro angehoben
- Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichgestellt
- Verdienst von Kindern in Ferienjobs vom Arbeitslosengeld der Eltern entkoppelt

FDP

im Deutschen Bundestag

Die FDP-Bundestagsfraktion
Für Sie am Ball

www.deutschlandtour2011.de

Meine Meinung



Zugegeben: Zuweilen produziert der politische Betrieb Pressemeldungen bei denen es für den/die Verfasser sicher von Vorteil wäre, wenn sie in den Nachrichtenredaktionen mit nachsichtiger Güte schlicht ignoriert würden. Kaum zu glauben, aber selbst Meldungen aus den Reihen der FDP sollen hier und da schon mal von einer solch' qualitätsreduzierten Güte (gewesen) sein. Gelegentlich wäre es sicher auch angenehm (gewesen), wenn einer eher unglücklichen Äußerung oder einer offenbar nur unzureichend erklärten Initiative eine nicht ganz so große öffentliche Aufmerksamkeit zuteil geworden wäre. Die Liberalen können davon nicht nur ein Lied leidvoll singen. So haben sich „Partei der Besserverdienenden“ und „Mövenpick-Partei“ zu echten Evergreens der politischen Hitparade entwickelt.

Unstreitig: Es ist vornehmste Aufgabe der freien Presse in einem demokratischen Rechtsstaat objektiv zu berichten, Meinungen umfassend abzubilden und kritisch zu kommentieren. So wird der unverzichtbare öffentliche Diskurs organisiert und die Medien werden zur Plattform der gesellschaftspolitischen Debatte sowie des (partei-) politischen Wettstreits. Mag der Souverän dann souverän entscheiden, welcher politische Entwurf im Einzelfall überzeugt; welcher Partei bei den nächsten Wahlen die Stimme gehört. Allerdings: Auswählen zu können setzt voraus, Kenntnis nehmen zu können, was zur Auswahl steht!

Ein Auftrag, den die Presse auf Verfassungssymposien sicher mit Inbrunst reklamieren und dessen Umsetzung sie mit hehren Worten geloben wird. Die Realität des journalistischen Alltags jedoch sieht nicht selten anders aus.



Wie sonst wäre zu erklären, dass die aktuelle Halbzeitbilanz der Fraktionspressestelle nicht nur positiv (wie auch sonst ...) ausfällt, vielmehr wieder einmal auch das überaus bedenkliche Manifest zahlreicher Initiativen ist, von denen selbst der interessierteste Medienkonsument nie eine Chance hatte, eine Zeile zu lesen, ein Wort zu hören. Der Chef vom Dienst einer deutschen Nachrichtenagentur – der unlängst ohne Scham dem Abgeordneten mitteilte, er brauche sich nicht die Mühe machen, ihm einen Vorstoß zu einem gesellschaftlich relevanten, aktuell im Bundestag diskutierten Thema (gesundheitliche Vorsorge / „Prävention“) zukommen zu lassen, da er an diesem Tag ohnehin nichts mehr von einem Vertreter einer kleinen Partei wie der FDP über den Ticker gebe – ist eben nicht die Ausnahme.

Anmerkung am Rande: Jeder Verlag muss sparen. Wenn aber unter dem Spardruck die personellen Voraussetzungen zur einer selbst-recherchierten, kompetenten Berichterstattung zur Bildung der öffentlichen Meinung leiden, wird meines Erachtens durch die von den Geschäftsführern in den Verlagshäusern vorgegebenen Einsparpläne eine wesentliche qualitative Grenze für die „Informationspflicht der Medien gegenüber der Bevölkerung“ überschritten.)



Wer in der repräsentativen Demokratie bestimmt denn über die Größe und Bedeutung einer Partei – ein Journalist, der die FDP nicht mag und deswegen den Menschen die liberale Position vorenthält oder die Menschen, die die Volks(!)vertreter mit wechselnder Zustimmung und entsprechend variierender Stärke der sie entsendenden Parteien in die Parlamente wählen? Wer die mediale Präsenz zensiert, reguliert die parlamentarische Repräsentanz. Ob sich der betreffende Redakteur darüber wirklich im Klaren ist?

Die Presse wird gerne als die vierte Gewalt im Staat bezeichnet. Dies drückt die faktische Macht aus, die ihre Organe in unserem Gemeinwesen haben. Aus meiner Sicht aber eben auch ihre immense ethische Verpflichtung, mit dieser Machtfülle verantwortlich umzugehen. Die zuletzt wieder zu beobachtende Fraternisierung zwischen Politikern und Journalisten (Heirat Kohl, Causa Guttenberg) ist damit ebenso unvereinbar und zu verurteilen, wie die beschriebenen Allüren dieses und manch' anderer Redakteure.

In diesem Sinne „ertrage“ ich aus sehr grundsätzlichen Überzeugungen gelassen sogar manch derben Verriss über unsere Partei, wenn im Gegenzug ein halbwegs objektives Bild des freidemokratischen Wirkens und unserer liberalen Überzeugungen und Ideen öffentlich wird. Der Redlichkeit sei zum versöhnlichen Abschluss an dieser Stelle das Zugeständnis geschuldet, dass der eine oder andere spöttelnde Kommentar über die FDP in der Vergangenheit möglicherweise nicht gänzlich unbegründet gewesen sein mag. Arbeiten wir also gemeinsam daran, dass die zweite Hälfte der Legislaturperiode so erfolgreich wird, wie die erste aus Sicht unserer verdienten Pressesprecher schon war!



Vertreter Griechenlands und der Bundesrepublik Deutschland beim Austausch in der deutschen Botschaft in Athen

Eulen nach Athen tragen?

Gerade zu Beginn der sog. „Eurokrise“ nahm ich an als Mitglied der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe an einer Delegationsreise nach Griechenland statt. Erstaunt war ich dabei über das negative Deutschland-Bild, das verschiedene meiner griechischen Gesprächspartner offen zeichneten – was während meines Aufenthalts zu mehreren, z.T. extrem hitzigen Diskussionen führte. Als Abgeordneter eines der größten Geberländer im Rahmen des sog. „EU-Rettungspaketes“ für Griechenland erwarte ich keine expliziten Danksagungen – zumindest aber eines: ernsthafte und glaubhafte Bemühungen von der griechischen Regierung, die Zustände, die erst zu einem Beinahe-Bankrott des Staatshaushalts führen konnten, konsequent abzuschaffen.

Dafür sind meines Erachtens gesellschaftliche Reformen ebenso nötig wie der Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung oder Privatisierungen von Staatseigentum. Ferner sollten die zukunftssträchtesten griechischen Wirtschaftszweige (Tourismus, Agrarproduktion, erneuerbare Energien) mittels gezielter Wirtschaftsprogramme angekurbelt werden. Griechenland hat von der Europäischen Union eine große Chance erhalten, die es jetzt zu nutzen gilt.

Generell muss es aber erlaubt sein, die Frage nach den Grenzen einer europäischen Finanzunion zu stellen. Natürlich ist es klar, dass Deutschland als Exportnation von den Vorteilen der europäischen Einheitswährung profitiert hat und immer noch profitiert. Doch durch das Aufspannen eines milliardenschweren Rettungsschirms mit der Bundesrepublik als Hauptbürge sind wir nun unmittelbar Gläubiger eines Landes geworden, das jahrelang bewusst über seine Grenzen gelebt hat. Mit Portugal, Spanien oder Italien haben sich längst weitere Staaten in die Liste derer eingereiht, die sich von der Europäischen Union milliardenschwere Unterstützung versprechen, um einen selbstverschuldeten Staatsbankrott abzuwehren. Schon aus Verpflichtung gegenüber den eigenen Bürgern im eigenen Land können und dürfen die Möglichkeiten europäischer Finanztransfers nicht überstrapaziert werden.



Ende für AIDS?

Rückblick auf den HIV-Gipfel der Vereinten Nationen

Vom 07. bis 11. Juli 2011 durfte ich auf Einladung des Bundesgesundheitsministeriums an einem hochrangigen Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York teilnehmen. Der Zweck dieses Gipfels war, zu einem neuen internationalen Abkommen über die Bekämpfung und Ausbreitung von AIDS zu kommen.

Als Wissenschaftler vor dreißig Jahren erstmals Aids identifizierten, war es noch ein mysteriöser Todesbringer und breitete sich schnell aus. Heute haben wir gegenüber dieser in den 1980-ern noch als „Geisel der Menschheit“ bezeichneten Krankheit bedeutende Fortschritte erzielt. Mehr und mehr Menschen haben Zugang zu einer Behandlung, die Zahl der Infektionen sinkt, und immer mehr Schwangere mit HIV halten ihre Babys frei vor einer Infektion.

So haben sich seit dem Ausbruch der Krankheit 1980 haben sich mehr als 60 Millionen Menschen mit HIV angesteckt; etwa die Hälfte davon starb. Als vor zehn Jahren der Fond der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose gegründet wurde, erhielten erst wenige hunderttausend Menschen (antiretrovirale) Aidsmedikamente, und sie waren unbezahlbar. Im Jahr 2010 waren 6,6 Millionen Menschen weltweit in Behandlung, aber noch immer sind Millionen Aidskranke ohne Behandlung. **Bis 2015 soll diese Zahl auf 0 sinken. Auch soll ab 2015 kein Kind auf der Welt mehr HIV-positiv geboren werden („Doppel-Null-Regelung“).** Wer es weiß, wie schwer es bei knapp 200 Nationen sein kein, hier zu einer verbindlichen, nachprüfaren Festlegung zu kommen, weiß das bereits als großen Erfolg zu würdigen.

Ein interessante Erfahrung auf diesem Gipfel waren aber nicht nur die häufig schöngefärbten Berichte der Regierungen über ihre Erfolge im Kampf gegen AIDS, sondern vor allem die Informationsstände und -Veranstaltungen der Nichtregierungsorganisationen („Aktionsbündnis gegen AIDS“, „Ärzte ohne Grenzen“ etc.), parallel zum Gipfeltreffen. Hier wurden ungeschönt teilweise ganz andere, teilweise weniger bekannte Fakten präsentiert:

Die trotz aller Bemühungen immer noch unzureichende Versorgung mit Arzneimitteln in Afrika, die weit verbreitete Diskriminierung HIV-Infizierter in arabischen Ländern, Tuberkulose-Kranke (Tuberkulose ist häufig Begleitkrankheit von AIDS), die in Osteuropa nicht behandelt, sondern in Quarantäne gesteckt werden ...

Meine Lektion aus diesen 4 spannenden Tagen: Wir dürfen nicht dazu neigen, die AIDS –Bekämpfung trotz und gerade wegen der beachtlichen Erfolge auf diesem Gebiet, politisch „auf die leichte Schulter“ zu nehmen. AIDS-Prävention ist und bleibt ein wichtiges Menschheits-Thema, für das es sich – auch in meiner täglichen Arbeit als Bundestagsabgeordneter – mit Engagement zu kämpfen lohnt.

Kurz notiert

**Franken-Tour**

Auf Einladung von MdL Jörg Rohde (3. v. rechts), Vizepräsident des Bayerischen Landtages (FDP), unternahm ich eine eintägige Tour durch Franken, um mich in zahlreichen Fachgesprächen über Lage, Probleme und Herausforderungen der medizinischen Lage vor Ort zu informieren. Nach Diskussionen im Bezirksklinikum Ansbach und der Klinik Weißenburg, mit dem Schwabacher Arbeitskreis für Gesundheit und dem Seniorenbeirat Erlangen-Höchstadt fand ein am Abend noch ein Liberaler Talk in Erlangen statt, an dem zahlreiche interessierte Zuhörer teilnahmen und für eine lebhaft Veranstaltung sorgten.

Atomausstieg – Und jetzt?

Am 25. Juli organisierte mein Heimatverband, die FDP Aichach unter ihrem Ortsvorsitzenden Marc Boden einen hochkarätigen Diskussionsabend zum Thema: „Atomausstieg – Und jetzt? Probleme, Herausforderungen, Chancen der Energiewende“. Mein Bundestagskollege Klaus Breil, Energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion stellte detailliert die Energiebeschlüsse der Bundesregierung vor. Arno Pöhlmann (Geschäftsführer Überlandwerk Krumbach GmbH), Walter Vollmer (ehemaliges Mitglied des FDP-Landesfachausschusses für Energiepolitik) und Christian Korn, IT-Berater für „Energiewirtschaftliche Planung und Strategie“ komplettierten die Expertenrunde.

Die FDP habe mit ihrer Kehrtwende in der Energiepolitik "überstürzt", "populistisch" und "unrealistisch gehandelt", so die Vorwürfe an Breil aus dem Publikum. Der Energiepolitiker konterte: "Eine Technik, die von knapp 80 Prozent der Bevölkerung abgelehnt wird, lässt sich in einer Demokratie auf Dauer nicht halten." Das Ausland verfolge mit Spannung, wie Deutschland den Atomausstieg umsetze. "Hier besteht eine große Investitionsbereitschaft, uns beim Umstieg auf erneuerbare Energien zu unterstützen." Doch trotz unterschiedlicher Anschauungen über die Pläne der Bundesregierung waren sich alle Teilnehmer einig, dass mittel- bis langfristig ein Ausstieg aus der Atomkraft erstrebenswert sei.



Von links nach rechts: Arno Pöhlmann (Überlandwerk Krumbach GmbH), MdB Klaus Breil (FDP), Marc Boden (Vorsitzender FDP Aichach)

Sommerfest der FDP Augsburg-Land

An einem ungewöhnlichen Ort begingen die Mitglieder meines FDP-Kreisverbandes Augsburg-Land (Vorsitzender: Johannes Pabst, links im Bild) ihr diesjähriges Sommerfest. Ort der Veranstaltung war eine Holzhaus-Musterbausiedlung in Gersthofen. Alles anderes als hölzern und teilweise sehr emotional waren hingegen die Gespräche zur Lage der FDP, die im Laufe des Abends lebhaft geführt wurden.



Für Sie am Ball!

Unter dem Motto „Für Sie am Ball“ tourte die FDP-Bundestagsfraktion im Juli und August über fünf Wochen lang mit 2 Bussen durch ganz Deutschland, und besuchte rund 50 Stationen. Am 11. Juli machte der Tourbus auch im Landkreis Aichach-Friedberg Station. Am Aichacher Tandlmarkt informierten neben mir auch der FDP-Kreisvorsitzende Karlheinz Faller sowie Marc Boden, FDP-Ortsvorsitzender Aichach, über die Arbeit der Liberalen. Zahlreiche Bürger nutzen die Gelegenheit, direkt mit ihren liberalen Mandatsträgern ins Gespräch zu kommen, Probleme anzusprechen und ihre Anliegen vorzubringen.



Auch Klaus Habermann (SPD, ganz links im Bild), Bürgermeister der Stadt Aichach, ließ am FDP-Kickertisch die Bälle rollen ...



Psychotherapeuten-Ausbildung

Im Mai traf ich mich mit dem Präsidium der bayerischen Psychotherapeutenkammer (PTK Bayern), um über die Ausbildungssituation in der Psychotherapie zu sprechen und wertvolle Impulse mit nach Berlin zu nehmen. Bei diesem Gespräch wurden alle Fragen rund um eine Novellierung des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG) diskutiert. So ging es um die Reform von Bologna (Einführung eines dualen Studiensystems mit den Abschlüssen auf Master- bzw. Bachelorniveau) mit all ihren Folgen für die Psychotherapieausbildung, um die Finanzierung der praktischen Tätigkeit in der Psychiatrie, aber auch um deren inhaltliche Ausgestaltung.

„1. Aichacher Bu(e)rgerkino“

Diabetes, Bluthochdruck, Gelenkschäden – die Liste der Krankheiten, die durch Übergewicht hervorgerufen werden, ist lang. Deshalb organisierte ich in meiner Heimatstadt Aichach das „1. Aichacher Bu(e)rgerkino“, bei dem verschiedene Experten über den Zusammenhang zwischen Fastfood und Übergewicht – gerade bei Kindern und Jugendlichen – diskutierten. Den thematischen Einstieg in den Abend lieferte der Film „Super Size Me“, der zuvor bei freiem Eintritt für alle Bürger im Cineplex Aichach gezeigt wurde. Zu den Diskussionsteilnehmern gehörten u.a. Eva-Maria Haas von „McDonald's Deutschland“, die TV-Ernährungsberaterin Silke Kayadelen, Model Ira Meindl („Germany's next Topmodel“) sowie Dr. Jan Dunker (Vorsitzender des FDP-Landesfachausschusses für Gesundheit).

Event poster for '1. Aichacher Bürgerkino' featuring 'Super Size Me' and speakers like Silke Kayadelen and Eva-Maria Haas. Includes details like 'EINTRITT FREI 30. MAI 2011' and 'CINEPLEX AICHACH'.